

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Eigenverantwortung stärken Museen 11

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die staatlichen Museen und Sammlungen neue Organisationsformen in staatlicher Verantwortung zu prüfen, ob und inwiefern sie die Gestaltungsspielräume der Museen und Sammlungen erhöhen und ihnen mehr finanzielle und administrative Eigenverantwortung ermöglichen kann, und dem Landtag bis Ende Juni 2012 darüber zu berichten.

Begründung:

In den letzten Jahren ist eine intensive Diskussion über neue Organisationsformen von Museen in Gang gekommen. Nachdem in den Niederlanden bereits 1995 die staatlichen Museen in neue Rechtsformen überführt wurden, haben in den letzten Jahren auch etliche Museen in Deutschland diesen Schritt vollzogen, bei einigen wird er noch diskutiert. Befürworter versprechen sich für die Museen mehr Autonomie, mehr Spielräume und höhere Flexibilität bei der Verwendung ihrer Mittel. Auch in Bayern erheben sich immer wieder Stimmen für mehr Unabhängigkeit der Museen. So hat der ehemalige Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen sich für stärkere finanzielle Eigenständigkeit und -verantwortung ausgesprochen. Zwar ist die Staatsregierung durch die Einbeziehung der staatlichen Museen und Sammlungen in die seit Januar 1998 geltende dezentrale Budgetverantwortung ein Stück weit der Forderung nachgekommen, doch von einer Autonomie, wie sie z.B. bei einer Stiftung gegeben wäre, kann nicht gesprochen werden. Deshalb sind die bisher vorliegenden Erfahrungen und Ergebnisse daraufhin zu prüfen, ob die Erwartungen der Fürsprecher neuer Rechtsformen und Trägerschaften eintrafen und sie auch Vorbild für Bayern sein können. Dabei kann das Negativbeispiel Hamburg, das die Staatsregierung in der Antwort auf unsere Interpellation für ihre Ablehnung genannt hat, nicht ausschlaggebend sein. Das seit der Verselbstständigung der Hamburger Museen aufgelaufene Defizit ist nicht per se der neuen Rechtsform zuzuschreiben.